

Rede
MdL Christof Rasche
zur Dritten Lesung des Landeshaushaltes 2018, 17. Januar 2018

Frau Präsidentin!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Erlauben Sie mir zunächst zwei Vorbemerkungen!
Zur SPD habe ich drei Punkte anzumerken.

Erster Punkt zur SPD: Sie haben uns einen Entschließungsantrag vorgelegt, in dem Sie uns die Regierungspolitik in fünf Begriffen beschreiben. Zutreffender hätten Sie Ihr eigenes Versagen in den vergangenen sieben Jahren nicht vorstellen können.

Ihr erster Begriff: unsozial: Kollege Römer hat vorhin davon gesprochen, wie schwer es für viele Personen in Nordrhein-Westfalen ist, ihre Miete zu bezahlen. In diesen sieben Jahren Ihrer Regierungspolitik ist die Miete so stark gestiegen wie niemals zuvor. Insofern haben Sie „unsozial“ vollkommen richtig beschrieben, meine Damen und Herren von der SPD.

Ihr zweiter Begriff: perspektivlos. In den vergangenen sieben Jahren war das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu den anderen Bundesländern unterdurchschnittlich. Wir sind der Mehrheit der Bundesländer immer hinterhergelaufen – teilweise mit der roten Laterne in der Hand. Das ist perspektivlos. So war das sieben Jahre lang in Nordrhein-Westfalen.

Ihr dritter Begriff: kommunalfeindlich. Merkwürdig ist, dass die kommunalen Spitzenverbände das anders sehen und uns in den vergangenen Tagen und Wochen ausdrücklich mündlich und schriftlich gelobt haben. Mehr braucht man dazu nicht zu sagen.

Ihr vierter Begriff: bürokratisch. Wir haben hier über einen LEP diskutiert, der ohne Ende Bürokratie mit sich bringt. Umweltvorschriften, Gesetze, Verordnungen von Johannes Rimmel haben teilweise sogar die Kommunalpolitiker der Sozialdemokraten kritisiert. Auch da zeigt Ihr Vorwurf auf Sie selber zurück.

Ihr fünfter Begriff: chaotisch. Man erinnere sich an die Minister Duin, Groschek, die von einer Durchgrünung in Nordrhein-Westfalen sprachen – wahrscheinlich in der Koalition und im Kabinett –, an die vielen Konflikte, die es zwischen den Herren Duin und Rimmel gab. Das war eine chaotische Regierungszeit, die – Gott sei Dank – die Wählerinnen und Wähler in diesem Land beendet haben.

Zweiter Punkt zur SPD: Herr Römer sagte in seiner Rede, die SPD solle der CDU oder wem auch immer industriepolitisch aus der Patsche helfen – ausgerechnet die SPD, meine Damen und Herren, bei der die eigene Basis der Sozialdemokraten sieben Jahre lang gesehen hat, dass die SPD nicht zu ihren eigenen industriepolitischen Überzeugungen gestanden hat, sondern ausschließlich den Grünen hinterhergelaufen ist.

Dritter Punkt zu den Kollegen der SPD: Sie haben die Regierung und die Koalition kritisiert von der ersten Sekunde Ihrer Rede bis zur letzten. Das ist Ihr gutes Recht; ich glaube, vieles davon war falsch. Sie haben aber nicht einen einzigen Vorschlag gemacht, wie man es besser machen kann. Das kann man von der größten Oppositionspartei in diesem Land erwarten.

Liebe Frau Kollegin Düker, auch drei Punkte kurz zu Ihrer Rede. Sie haben Wahlergebnisse mit Umfragen verglichen. Für uns sind die Wahlergebnisse wichtig und nicht die Umfragen. Dass sich Rot-Grün so groß aufspielt, nur weil man bei „Westpol“ gemeinsam um einen einzigen Punkt gestiegen ist, ist ein bisschen übertrieben.

Sie reden zweitens von einer Unzufriedenheit, die dort dargestellt worden ist. Ich nehme einmal die Wirtschaftspolitik. 8 % der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen sagen, die Wirtschaftspolitik sei schlechter geworden. Ungefähr das Vierfache der Bevölkerung sagt, die Wirtschaftspolitik sei besser geworden. Mit einer solchen Unzufriedenheit kann ich persönlich gut leben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dritter Punkt. Frau Düker hat sich zehn Minuten lang mit der Großen Koalition befasst. Klar, mit Ihrem Kernthema „Klimaschutz“, aber das war Große Koalition. Dann haben Sie sich unglaublich lange mit CDU und FDP zu Oppositionszeiten befasst. Das ist kein Wunder: Wenn einem zu Regierungszeiten nicht viel Kritik einfällt, muss man eben weiter zurückgehen – ein Jahr, zwei Jahre, drei Jahre, vier Jahre, fünf Jahre –, damit man vielleicht Kritik konstruieren kann. Dass man sich dann immer noch an Christian Lindner abarbeitet – Respekt, Frau Düker, ich hätte es mir anders vorgestellt.

Zum eigentlichen Thema „Klimaschutz“ komme ich gleich noch zurück, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir legen also den ersten Gestaltungshaushalt der NRW-Koalition vor. Wir haben unser Ziel geäußert, und dieser Haushalt beweist es: Wir bringen Nordrhein-Westfalen voran. Fast 25 % des Haushalts geben wir allein für schulische Bildung aus, um Nordrhein-Westfalen chancenreicher zu machen. Wir geben viel mehr Geld aus für Sicherheit und einen starken Rechtsstaat, lieber Kollege Reul. Wir stärken das Personal und die Ausstattung. Wir machen NRW also sicherer. Wir investieren ganz enorm in digitale Infrastruktur und auch in die Verkehrsinfrastruktur. Wir machen Nordrhein-Westfalen also moderner. Wir stärken damit natürlich den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

Trotzdem bleiben wir erstmals seit 45 Jahren bei der Haushaltseinbringung bei der schwarzen Null, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das zeigt: Diese NRW-Koalition setzt klare Prioritäten und gute Prioritäten. Der Haushalt 2018 ist ein Zukunftshaushalt, wie es ihn lange nicht mehr in diesem Land gegeben hat.

Mit dem Haushalt schaffen wir viele Trendwenden auf unterschiedlichsten Politikfeldern, auf die ich kurz eingehen möchte. Ein elementares Ziel, ein Kernthema dieser Koalition ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen – übrigens bei der täglichen Arbeit und schon angefangen bei der Sondierung.

Apropos Sondierung, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das ist doch damals unter Armin Laschet vorbildlich gelaufen. Es gab keine Durchstechereien. Es gab Vertrauen zwischen den Leuten, die

dort geredet haben. Es gab nicht einmal ein Foto von der Sondierung, sondern es wurde alles reibungslos abgearbeitet. Da ist diese NRW-Koalition vorbildlich. Wenn Herr Römer die Kollegen in Berlin diesbezüglich kritisiert, hätte er uns hier in Nordrhein-Westfalen dafür loben müssen.

Minister Pinkwart hat schon am ersten Tag mit den Ideen begonnen, Entfesselungspakete zu gestalten, die dann auch auf den Weg gebracht worden sind. Das erste ist schon weit unterwegs, das zweite ist mitten auf dem Weg, und das dritte ist schon in Arbeit.

Was hat die Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün gemacht? Ich habe eben schon von den großen Konflikten gesprochen zwischen Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik, die oft öffentlich ausgetragen worden sind, wo am Ende im Zweifel oder sogar prinzipiell die Mehrheit der SPD immer Umweltminister Rimmel unterstützt hat und nie den eigenen Wirtschaftsminister Duin. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat am Ende den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen erheblich geschwächt.

Es gab im Rahmen der Sondierung einen Brief der nordrhein-westfälischen Spitzen der SPD, also Herrn Groschek und Frau Schulze, an die Spitze der SPD im Bund, also Herrn Schulz und Frau Nahles: drei Seiten, sechs Kernpunkte, Industriepolitik gleich null. Kein einziges Wort zur Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen! Das ist ein weiteres Beispiel dafür, dass damit in den letzten Jahren nicht alles richtig gelaufen sein kann in Nordrhein-Westfalen.

Dazu kommt für mich ein merkwürdiges Verständnis der SPD von Industriepolitik. Ich stelle mal eine Frage in den Raum: Was ist denn von elementarer Bedeutung für die Exportnation Deutschland und damit auch für Nordrhein-Westfalen? – Antwort: der freie Handel, der Freihandel, natürlich nach klaren Regeln, aber ein freier Handel.

Beim Thema „China-Stahl“ hat die SPD hier eine ganz andere Kompetenz unter Beweis gestellt. Es muss – so lautete die Aussage – deutscher Stahl verwendet werden. Was ist das für eine Auffassung? Freihandel und damit das Kerninteresse unseres Landes hat damit für die SPD keine Bedeutung – übrigens ebenso wie Bundes- und EU-Recht. Schon während der Pressekonferenz haben Sie, Herr Römer, Nachfragen zu möglichen Wettbewerbsklagen nicht beantwortet. So richtig seriös ist das nicht, Herr Kollege.

Zur Klarstellung: Wir haben sehr großes Verständnis für die Sorgen der Stahlarbeitnehmer, der Betriebsräte und der Gewerkschaften. Aber wir nutzen diese großen Sorgen nicht für eigene Interessen. Das darf man nicht tun. Die „Rheinische Post“ brachte es am 10. Januar auf den Punkt: Es kann und darf hier keinen Protektionismus geben. – Diese Aussage ist richtig und wird von sehr vielen Menschen in Nordrhein-Westfalen geteilt.

Die Gewerkschaften sehen das übrigens eigentlich auch so. Zwar ist Herr Giesler bei der SPD mit Herrn Römer aufgetreten. Herr Römer hat eben in seiner Rede gesagt, man sollte auf PR-Maßnahmen vonseiten der Regierung oder vonseiten der Fraktionen verzichten. Das hat die SPD hier nicht getan. Aber in Wahrheit gibt es doch bei den Gewerkschaften ganz andere Positionen. Ich erinnere hier an die Diskussion um CETA und den Freihandel.

Die IG BCE – diese Gewerkschaft kennen wir alle gut, Herr Römer am besten – hat im Jahr 2016 mit einer klugen Bemerkung zur damaligen Debatte Stellung genommen. Zitat:

„Die Gewerkschaften sollten nicht den Kompass verlieren. Deutschland braucht einen erfolgreichen und fairen Welthandel. Millionen Beschäftigte haben einen guten Arbeitsplatz in exportorientierten Unternehmen.“

So äußerte sich die IG BCE. Das ist eine Gewerkschaft, die – wie eigentlich auch die IG Metall – in Deutschland Verantwortung übernimmt. Halten wir uns doch an die globale Aussage der deutschen Gewerkschaften und nicht so sehr an Einzelpositionen, die man vielleicht noch einmal überdenken sollte!

Die Aufgabe der Landesregierung ist es also, den Stahlstandort Nordrhein-Westfalen zu stärken und Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen der Stahlstandort dann auch wettbewerbsfähig ist. Genau das hat Nordrhein-Westfalen in den vergangenen sieben Jahren leider nicht geschafft.

Mit dieser unsäglichen Debatte – Stichwort „Freihandel“ – sind dann auch noch Halbwahrheiten oder Unwahrheiten verbunden. So hat die SPD behauptet, bei der Rheinbrücke in Duisburg werde Stahl aus China verbaut; die Landesregierung und vor allem der Ministerpräsident hätten sich dafür einsetzen müssen, dass das nicht passiert. Die Wahrheit ist, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Ausschreibung und damit die Auftragsvergabe ist noch nicht erfolgt. Es steht noch gar nicht fest, mit welchem Stahl gebaut wird. Wie kann man dann so etwas behaupten?

Solche Aussagen sind rein parteipolitisch motiviert; denn offensichtlich steht man mit dem Rücken zur Wand. Anders kann man sich das nicht erklären, liebe Kolleginnen und Kollegen. Zur Wahrheit gehört dann auch: Bei der Leverkusener Brücke wurde die Ausschreibung noch unter Minister Mike Groschek erarbeitet. Diese Kritik der SPD und auch von Herrn Römer ist also zu einem Eigentor geworden. Manche Politiker würden so etwas vielleicht als Plauderei bezeichnen. Ich glaube, diesen Begriff könnte man in diesem Zusammenhang gut verwenden.

Für die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen ist ebenso eine rationale und ehrliche Energiepolitik wichtig. Zu Recht hat BDI-Chef Kempf laut dpa am 8. Januar 2018 vor Alleingängen, ob von Nordrhein-Westfalen oder von Deutschland, in der Energie- und Klimapolitik gewarnt; die Folge seien Produktionsverlagerungen ins Ausland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Grünen – ich glaube, da ist die SPD mit mir einer Meinung; Sie haben es in Nordrhein-Westfalen ja auch erfahren – bei den Jamaika-Verhandlungen in Berlin mit ihren fundamentalen Forderungen zu Energiepolitik und Klimaschutzpolitik erlebt. Industrie und Gewerkschaften waren gleichermaßen entsetzt, sowohl in Deutschland als auch in Nordrhein-Westfalen. Gut, dass diese Politik nicht zum Tragen gekommen ist!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt versuchen die Grünen und ihre grünen Netzwerke, sich gegenseitig die Bälle – wir stehen ja kurz vor einer Fußballweltmeisterschaft – zuzuspielen. Entsprechend hat sich der Landesverband Erneuerbare Energien NRW in einer Pressemitteilung vom 9. Januar 2018 geäußert. Mit Klarheit und Wahrheit hatte das allerdings aus meiner Sicht nur wenig zu tun. Im Gegenteil: Manch ein Leser wurde vielleicht sogar getäuscht.

Es geht um die Aufgabe – Frau Düker hat es eben gesagt – der deutschen Klimaschutzziele 2020 mit minus 40 % im Vergleich zu 1990. Der LEE suggeriert, Union, SPD und auch die FDP wollten

sich damit von den Pariser Klimaschutzziele distanzieren. Das ist falsch. SPD, CDU und FDP sagen genau das Gegenteil – immer wieder. Es wird auch nicht besser, wenn nur die Grünen das Gegenteil behaupten. Wir stehen zu den Pariser Klimaschutzziele – ohne Wenn und Aber. Trotzdem ist richtig: Die deutschen Klimaschutzziele mit einem Minus von 40 % gegenüber 1990 lassen sich bis 2020 nicht erreichen.

Dann gab es – das ist besonders bemerkenswert – sogar nordrhein-westfälische Klimaschutzziele. Sie wurden seinerzeit von der Regierung von SPD und Grünen beschlossen. Diese haben im Vergleich zu 1990 nicht eine Reduzierung um 40 % vorgesehen, sondern nur eine Reduzierung um 25 %, waren also weit defensiver. Wie können die Grünen eine rationale Politik, die jetzt endlich auf Bundesebene betrieben wird, kritisieren, obwohl sie selbst in Nordrhein-Westfalen in eigener Verantwortung weit hinter den deutschen Klimazielen zurückgeblieben sind? Das ist unehrlich, absolut unehrlich. Minister Pinkwart hat uns glaubwürdig geschildert, dass diese Regierung es schaffen wird, die nordrhein-westfälischen Klimaschutzziele 2020 zu erreichen, wahrscheinlich sogar zu übertreffen.

Ein weiterer Punkt in dieser Pressemitteilung des LEE – darüber muss man einmal sprechen, weil das ein typisches Spiel zwischen grünen Netzwerken und den Grünen ist – ist die Aussage, es gebe keinen geregelten Plan für den Kohleausstieg. In den Sätzen davor führt er reihenweise Probleme in Nordrhein-Westfalen an – nicht in Deutschland, sondern in Nordrhein-Westfalen. Dabei war es doch die rot-grüne Landesregierung, die im Jahr 2016 festgelegt hat, dass der Braunkohlebergbau in Nordrhein-Westfalen erst im Jahr 2045 beendet wird. Das war grüne Politik pur. Jetzt kritisieren Sie das und versuchen, die Menschen zu täuschen, als hätten Sie mit dieser Entscheidung aus dem Jahr 2016 nichts zu tun. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist unehrlich.

Mit dem Begriff „Kohle“ ist aber nicht nur Negatives verbunden. Das hat sogar die von den Grünen geführte Enquetekommission in der vergangenen Legislaturperiode bewiesen. Es geht um die stoffliche Verwertung der Braunkohle. Dabei handelt es sich nach unserer festen Überzeugung um ein Zukunftsprojekt für Nordrhein-Westfalen. Wir wollen auf diesem Gebiet die Nummer eins in Europa werden, auch was das Know-how und die Arbeitsplätze betrifft. Wir stützen uns dabei auf den Konsens der Enquetekommission und stärken damit das Rheinische Revier. Unsere Idee einer Zukunftsinitiative Kohlenstoff Nordrhein-Westfalen haben wir mit Haushaltsanträgen der Koalitionsfraktionen von FDP und CDU hinterlegt, in diesem Jahr mit 2,5 Millionen €. Herr van den Berg, Sie sind herzlich eingeladen, mit uns die Köpfe zusammenzustecken, um das Ziel zu erreichen, die Nummer eins in Europa auf diesem Gebiet zu werden.

Es gibt viele weitere Punkte, an denen wir die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes steigern wollen. Die Entfesselungspakete habe ich genannt. Besonders sollen Gründer und Industrie gestärkt werden, also Neues und Bewährtes. Das ist bei der Balancepolitik dieser neuen Regierung ganz wichtig.

Außerdem wollen wir Ökologie und Ökonomie in verschiedenen Bereichen, zum Beispiel im LEP, ins Gleichgewicht bringen. Das gilt auch für den Flächenbedarf. Wir haben viele Beispiele aus Ostwestfalen-Lippe gehört, bei denen er gar nicht mehr in Balance ist. Aber das betrifft nicht nur OWL, sondern ganz Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen also auch beim Flächenbedarf wieder ein Gleichgewicht.

Bürokratieabbau ist immer ein Thema, insbesondere für diese Regierung. Minister Pinkwart ist allerdings einmal anders an das Thema herangegangen. Er hat die Gründer gefragt: „An welchen Stellen wünscht ihr euch Bürokratieabbau?“, und er hat die Menschen im Land gefragt, was sie vom Bürokratieabbau erwarten. Dann hat er diese Ideen zusammengefasst und Vorschläge gemacht, wie wir auch in diesem Bereich eine Trendwende erreichen.

Eine Trendwende in der Wirtschaftspolitik Nordrhein-Westfalens sehen nicht nur wir. Es gibt auch viele Player in diesem Land, die uns genau dafür loben.

Zitat des Landesgeschäftsführers des BVMW, Herbert Schulte:

„Unsere Betriebe wünschen sich flankierende politische Maßnahmen wie den zügigen Ausbau der digitalen Infrastruktur und Schritte zur Entbürokratisierung von Genehmigungsverfahren und Ausschreibungsprozessen. Hier hat die Landesregierung mit den Entfesselungsgesetzen geliefert, nun liefert auch der Mittelstand ...“

Herr Meier-Scheuven, Präsident der IHK Ostwestfalen-Lippe, äußerte Anfang Dezember 2017 beim Jahresempfang: „Der gesamte Koalitionsvertrag in NRW ist ein Signal für Aufbruch und Modernisierung.“

Arndt Kirchhoff, NRW-Unternehmerpräsident, antwortete auf die Frage, wie er mit den ersten Monaten der NRW-Koalition zufrieden ist: „Ziemlich zufrieden. Die machen was.“ Dann äußerte er Lob für die Entfesselung.

Ein viertes Beispiel – bei diesem Gespräch war ich persönlich dabei –: Die Vorsitzenden von vier Betriebsräten bedankten sich am 21. September 2017 ausdrücklich bei Minister Andreas Pinkwart für eine einfach rationale Wirtschaftspolitik. Die Politik der Vorgängerregierung hätte die Existenz eines in diesem Fall Zementwerkes in Nordrhein-Westfalen zeitnah gefährdet. Es gab also sehr viel Lob für die Trendwende in der Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen durch diese Regierung. Herzlichen Dank dafür!

Genauso machen wir es auch in anderen Bereichen. Bei der Digitalisierung legt Andreas Pinkwart ein unglaubliches Tempo vor. Mit den Anträgen der Fraktionen sind noch einmal die Digitalisierung in der Landwirtschaft mit dem Aufbau eines Studienganges in Höxter gestärkt und noch mehr Mittel für die Digitalisierung im Hochschulbereich eingebracht worden. Auch hier haben die Fraktionen Akzente gesetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erleben in diesem Jahr aber auch eine Zäsur in Nordrhein-Westfalen. Ministerpräsident Laschet sagte es bei seiner Neujahrsansprache. Die letzten beiden Zechen in NRW werden geschlossen. Verlässlichkeit und Zusammenhalt waren besonders ausgeprägte Merkmale des Bergbaus, die ganz Nordrhein-Westfalen geprägt haben. Dieses Erbe zu erhalten, ist eine gemeinsame Aufgabe des gesamten Landes und dieses Hohen Hauses. Dazu werden diese Koalition und diese Regierung ihren Teil beitragen.

Die NRW-Koalition wird – gerne mit den Kollegen der Opposition und allen Beteiligten insbesondere im Ruhrgebiet zusammen – konkrete Perspektiven für das Ruhrgebiet erarbeiten und anschließend auch umsetzen. Bevor gleich wieder der Vorwurf der Opposition kommt: „Ihr seid doch schon 248 Tage im Amt, habt aber noch nicht geliefert“, wie ich eben gehört habe,

sage ich: Das geht auch nicht ganz so schnell. Auch da geht Qualität vor Tempo. An diese Marschroute werden wir uns halten.

Es ist ohnehin eine Gemeinschaftsaufgabe in diesem Land, das Ruhrgebiet nach vorne zu bringen, und keine Aufgabe nur einer Regierung, egal, wer die Regierung stellt, meine Damen und Herren.

Neben der Wirtschaftspolitik ist uns der Zusammenhalt in Nordrhein-Westfalen – Stichwort starke Gemeinschaften vor Ort – ein besonderes Anliegen. Dazu gehören starke Kommunen; das gilt für alle 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Dazu gehört ein starkes Ehrenamt in allen Bereichen, vom Sport bis zur Kultur und von der Integration bis in den sozialen Bereich. Das müssen wir unterstützen, und das tun wir mit diesem Haushalt auch ausdrücklich.

Dazu gehört dann auch ein Thema, das uns hier schon über einige Jahre beschäftigt hat, nämlich die Weitergabe der Integrationspauschale in einer Größenordnung von 100 Millionen €. Wir nutzen unsere Spielräume und geben den Kommunen hier 100 Millionen € – Geld, das sie dringend brauchen.

In einer Presseerklärung sämtlicher Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände vom 9. Januar 2018 wird diese Politik ausdrücklich gelobt.

Der SPD-Oberbürgermeister aus Bielefeld, Pit Clausen, erklärte am 10. Januar 2018 in der „Neuen Westfälischen“, das sei ein sehr erfreulicher Schritt. Pit Clausen vergleicht das natürlich mit der Politik der Vorgängerregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Nachdem SPD und Grüne in den Jahren 2016 und 2017 von dieser Integrationspauschale einfach nichts – ich wiederhole: nichts – an die Kommunen weitergegeben haben, fordern sie plötzlich, die neue Regierung müsse nicht nur 100 Millionen € weitergeben – immerhin 100 Millionen € – , sondern sogar noch viel, viel mehr. Die alte Regierung gab keinen Cent. Jetzt ist sie in der Opposition und fordert ein Füllhorn mit noch mehr Millionen für die Kommunen. Das glauben Ihnen die Menschen vor Ort nicht. Das glauben sie Ihnen nicht!

Wir sind nicht nur ein guter Partner der Kommunen, sondern auch ein guter Partner des Sports. Insgesamt 15 Millionen € mehr gab es auch durch die Haushaltsanträge der Fraktionen. Der Landessportbund äußerte sich in einer Pressemitteilung am 15. November 2017 klar – erstens mit einem Dankeschön an diese Koalition und zweitens mit der Aussage: Endlich ein verlässlicher Partner für den Sport in Nordrhein-Westfalen!

Diese Regierung ist ein guter Partner für die Kultur. Im ersten Schritt gibt es 20 Millionen € mehr auf dem Weg zur Etatverdoppelung, die am Schluss stehen soll. Das hat vorher keine oder kaum eine Regierung geschafft. Aber wir haben es in diesem Jahr mit dem Fokus auf kommunalen Orchestern und kommunalen Theatern geschafft.

Ich sage es hier noch einmal und komme gleich auch noch einmal darauf zurück: Diese Koalition, allen voran Sozialminister Laumann, steht für eine anständige Sozialpolitik. Man kann immer das Gegenteil behaupten. Aber die Wahrheit verändert man damit nicht, lieber Kollege Römer.

Wir geben mehr Geld für den Kinder- und Jugendförderplan aus, nämlich plus 11 Millionen €; insgesamt sind es über 120 Millionen €. Wir sichern die Schulsozialarbeit; auch das ist ein ganz wichtiger Schritt. Wir stärken nochmals die Verbraucherzentrale; die FDP war immer die Partei des Verbraucherschutzes. Wir unterstützen noch einmal mit 700.000 € die Betreuungsvereine, die eine unglaubliche Arbeit leisten. Wir geben 100.000 € für gezielte Unterrichtung der Wiederbelebung insbesondere an Schulen und 200.000 € für eine Impfkampagne aus. Das sind nur einige wenige Beispiele.

Es gab im politischen Raum Leute, die gesagt haben, im Vergleich zum Gesamthaushalt von 75 Milliarden € seien 100.000 oder 200.000 € Peanuts. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese 100.000 € in Bezug zum Gesamthaushalt zu setzen, ist der falsche Ansatz. Entscheidend ist doch, welche Möglichkeiten vor Ort für die Beteiligten entstehen. Mit 100.000 oder 200.000 € entstehen oft gewaltige Möglichkeiten, um gerade im sozialen Bereich etwas für die Menschen in Nordrhein-Westfalen zu tun. Vielleicht kann dann sogar – das ist ein wenig zugespitzt – ein Ersthelfer, weil er unterrichtet worden ist, ein Leben retten. Das wäre ganz toll. Auf jeden Fall sind wir im Bereich Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen sehr, sehr stark unterwegs.

Noch einmal: Auch wenn Sie seitens der Opposition unwahre Bilder zeichnen, wird sich Ihre eigene Situation nicht verbessern. Aktuelle Umfragen, Herr Kollege Römer, belegen dies sehr deutlich.

Wir brauchen zudem – das gehört zum Zusammenhalt dazu – bezahlbaren Wohnraum in Nordrhein-Westfalen, und zwar in ganz Deutschland; das ist kein reines NRW-Problem. Dafür brauchen wir nun einmal neue Wohnungen. Wie soll denn dieser Markt die richtige Balance finden, wenn die Nachfrage groß ist, das Angebot an Wohnungen aber klein ist? Das kann nicht funktionieren. Also brauchen wir Anreize zum Bauen.

– Ja, aber Landesgeld. Und das wurde erhöht. Ihre Pressemitteilung war falsch. Das Bundesgeld wurde reduziert. SPD-Regierung in Berlin! Aber diese Regierung hat die Mittel erhöht. Das ist wieder eine Halbwahrheit, Herr Wolf.

Zwei Aussagen sind in diesem Zusammenhang interessant. Erstens. Laut Angaben von IT.NRW verteuerte sich Bauen; die von Rot-Grün beschlossene Bauordnung hätte das Bauen in Nordrhein-Westfalen nochmals ganz wesentlich verteuert. Deshalb ist das Moratorium richtig, und eine Nachsteuerung notwendig. Ich wiederhole: notwendig. Es geht also darum, die Not zu wenden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zweitens. Eine aktuelle Studie des DIW sagt, knappes Bauland sei eine Bremse für den Wohnungsbau. Deswegen müssen wir in Nordrhein-Westfalen auf unnötige Beschränkungen verzichten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Beide, IT.NRW und DIW, haben recht.

Herr Römer hat gerade zu Recht dargestellt – ich kenne solche Beispiele auch –, dass viele Menschen in Nordrhein-Westfalen die große Sorge haben, wie sie aktuell und erst recht in einigen Jahren von ihrer Rente ihre Miete bezahlen können. Das wollen wir als NRW-Koalition ändern. Aber IT.NRW und DIW haben recht damit. Insbesondere Ihre falschen politischen Weichenstellungen haben zu diesen hohen Mieten in Nordrhein-Westfalen geführt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ein funktionierender Rechtsstaat ist ebenso wichtig für den Zusammenhalt in Nordrhein-Westfalen. Insofern ist es richtig und wichtig – und dafür steht die FDP –, die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu finden. Ich bin mir sicher, dass das für diese Koalition auch kein Problem darstellt. Unser Ziel ist es, Nordrhein-Westfalen sicherer zu machen. Wir haben die Mittel für Personal und Ausrüstung deutlich erhöht; Bodo Löttgen ist schon darauf eingegangen.

Die Mitglieder meiner Fraktion – dies gilt zumindest für die meisten, die das einrichten konnten – haben in der Weihnachtspause die Polizei bei ihren Einsätzen in der Nacht begleitet. Unsere Polizistinnen und Polizisten machen in Nordrhein-Westfalen einen gewaltigen, wichtigen und hervorragenden Job. Dafür an dieser Stelle herzlichen Dank!

Wir haben nicht nur die Polizei gestärkt, sondern – das gehört doch zur Lösung dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen – auch die Justiz. Wir haben in diesem Haushalt 2018 neue Stellen geschaffen, und zwar ungefähr so viele Stellen, wie Rot-Grün in sieben Jahren Regierungsverantwortung geschaffen hat. Das ist der Vergleich, liebe Kolleginnen und Kollegen: eins zu sieben.

Im Bereich der kriminellen Gefährder hat es unser Minister Joachim Stamp erreicht, den § 58a des Aufenthaltsgesetzes anzuwenden. Das geht also. Das wurde gerade bewiesen. Vorher wurde es bezweifelt. Jetzt werden alle Mittel des Rechtsstaates in Nordrhein-Westfalen genutzt. Schade, dass das nicht schon vorher passiert ist!

Ich nenne als letztes Stichwort zum Thema „innerer Zusammenhalt“ die Kinderfeuerwehren. Dieses Projekt dient einerseits der zukünftigen Sicherheit, dem Feuerschutz und dem Unfallschutz in Nordrhein-Westfalen und vermittelt andererseits diesen jungen Menschen Werte und Wissen, das sie ihr ganzes Leben nutzen können, um sich persönlich zu steigern und zu entwickeln. Auch dafür stellen wir als Koalitionsfraktionen in diesem Haushalt in Summe 1,75 Millionen € mehr zur Verfügung. Das ist unserer Meinung nach sehr gut angelegtes Geld, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich komme zur Bildung. Natürlich – ich habe es eben schon gesagt – hat die Bildung in diesem Haushalt oberste Priorität. Wir geben in diesem Bereich mehr als jemals zuvor aus – insgesamt 200 Millionen € mehr als im Jahr 2017. Wir investieren in die Stärkung der Grundschulen und nochmals in Digitalisierung. Wir stärken die Besoldung der Konrektoren an Grundschulen und an Hauptschulen. Wir gestalten – Yvonne Gebauer wurde dafür vor Weihnachten gelobt – die Flexibilität im offenen Ganztage.

Ein letzter Punkt zum Thema „Bildung“: Zum Bereich der Inklusion hat das Kabinett vor Weihnachten einen Beschluss gefasst und eine Jahresförderung von 60 Millionen € freigegeben. Das ist ein klares Signal. Schließlich handelt es sich um 20 Millionen € mehr als im Vorjahr.

Es gibt also Trendwenden in der Wirtschaftspolitik, in der Bildungspolitik und in der Haushaltspolitik, lieber Lutz Lienenkämper. Wir haben erstmals eine schwarze Null. Trotzdem konnten die Fraktionen deutliche Akzente setzen, und wir konnten Zukunftsinvestitionen für Nordrhein-Westfalen in diesem Haushalt festschreiben.

Alle diese Anträge haben wir natürlich im HFA beschlossen. Ralf Witzel, mein Kollege, hat sie unter anderem vorgestellt. Frau Düker hat kurz kritisiert, dass das Verfahren zu wenig transparent gewesen sei. So ist die alte Regierung ebenfalls vorgegangen. Sie hat immer noch Änderungsanträge in den Haushalts- und Finanzausschuss eingebracht. Genauso haben wir das auch gemacht.

Frau Düker hat zu diesem Zeitpunkt auch kritisiert, dass neben der Schuldentilgung beim Haushaltsabschluss 2017 auch Geld in den Pensionsfonds fließt. Dazu hat sich übrigens der Deutsche Beamtenbund, namentlich Roland Staude, sehr deutlich geäußert. Er hat die Regierung ausdrücklich dafür gelobt und gesagt: Endlich eine Regierung mit Augenmaß und mit Verantwortungsbewusstsein! Dieses Lob gilt genau diesem Schritt, dieses Geld in diesen Fonds fließen zu lassen. Das war also genau der richtige Schritt unseres Finanzministers und damit dieser Landesregierung.

Zudem senken wir die von Rot-Grün beschlossene Kreditaufnahme im Jahre 2017 ganz enorm. Insgesamt 500 Millionen € weniger Schulden sind ein starkes Signal.

Die Kritik der Opposition ist deshalb auch sehr begrenzt. Und wenn es doch welche gibt, entpuppt sie sich nicht gerade als Wahrheit. Es gab zum Beispiel die Kritik der Kollegen von der SPD am Wissenschaftsetat. Hierzu ein Hinweis: Unter dem Strich sind es zwar 116 Millionen € weniger. Es sind aber weniger Hochschulmittel des Hochschulpaktes des Bundes. Das Land gibt in diesem Bereich sogar mehr Geld aus als vorher – genauso wie in der Baupolitik.

Unter dem Strich haben unsere Fraktionen in haushaltspolitischer Hinsicht – mein Dank gilt beiden Fraktionen und dem Kollegen Bodo Löttgen – mit noch einmal 50 Millionen € deutliche Akzente gesetzt und sehr wichtige politische Felder besetzt. Zudem haben sie mit noch einmal 100 Millionen € die Kommunen in die Lage versetzt, noch mehr für die Integration zu tun und damit noch mehr Verantwortung zu übernehmen. Diese beiden Fraktionen von CDU und FDP nehmen ihren Gestaltungsanspruch somit wahr.

Im Rahmen der Haushaltsdiskussion wurde der Kollege Börschel gefragt, warum denn die SPD diese Haushaltsanträge erst jetzt in Zeiten der Opposition stellt und nicht schon in Regierungszeiten so gehandelt hat. Die Antwort des Kollegen Börschel war bemerkenswert – Zitat –: Die SPD hat auch nicht alles richtig gemacht, sonst wäre die Wahl anders ausgefallen. – Ich wiederhole die Worte des Kollegen Börschel noch einmal: Die SPD hat auch nicht alles richtig gemacht, sonst wäre noch einmal anders ausgefallen.

Mit dieser sehr allgemeinen Feststellung hat Herr Börschel zwar recht. Aber jetzt fragen sich die Bürgerinnen und Bürger, die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen natürlich: Was meint Herr Börschel denn mit dieser eigentlich groben, aber sehr klugen Aussage im Detail? Wo hat die SPD denn Fehler gemacht? – Noch viel mehr werden die Bürger sich fragen: Wie will die SPD denn ihre Politik verändern, damit sie demnächst wieder bessere Wahlergebnisse erzielt? Lieber Kollege Börschel, wir werden Sie, in welcher Funktion auch immer, bestimmt noch oft an diesem Rednerpult erleben. Ich bin gespannt, wie Sie dann auf die Frage der Bevölkerung antworten werden: Wo hat die SPD in den vergangenen sieben Jahren Fehler gemacht, und wie will sie ihre Politik ändern?

Ich möchte noch einen kurzen Rückblick auf das von Frau Düker Gesagte werfen. Sie hat eben ausdrücklich die Politik und die Aussagen von Herrn Kutschaty, insbesondere in Bezug auf den Klimaschutz, gelobt. Ein Lob ist zwar oft sehr wertvoll. Geholfen haben Sie ihm mit diesem Lob aber nicht, liebe Frau Düker.

Wir werden – das ist die nächste Trendwende – auch die Verkehrsinfrastruktur und die digitale Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen stärken. Herr Wüst als Minister für Verkehr hat den NRW-Masterplan zur Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans vorgestellt – erstmals versehen mit Transparenz und mit klaren Zahlen dazu, in welchen Jahren welche Arbeitsschritte erfolgen sollen. Das Ganze ist übrigens verbunden mit einem Controlling von vielen – von Bürgermeister*innen, von der Bevölkerung, von Bürgerinitiativen, von der Politik.

Es handelt sich also um eine echte Trendwende hin zu Transparenz in der Verkehrspolitik. Dafür, lieber Herr Wüst, sage ich herzlichen Dank. Das ist genau der richtige Schritt. Denn die Bürgerinnen und Bürger wollen erreichen, dass Infrastrukturmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen endlich nicht mehr blockiert werden. Das haben sie schließlich sieben Jahre lang erlebt. Sie wollen vielmehr wissen, wie es vorangeht und dass es vorangeht. Aber sie wollen auch wissen – das gehört ebenfalls zur Wahrheit dazu –, woran es genau liegt, wenn es einmal nicht vorangeht, und wie dann, wenn Plan A nicht geklappt hat, Plan B aussieht. Diese Transparenz hat in den vergangenen Jahren immer gefehlt. Auch das ist eine Trendwende in der Politik dieser Regierung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich erinnere noch einmal an Ihre Aussagen zur Verkehrspolitik, lieber Arndt Klocke. Wir haben noch im Dezember 2017 erlebt, dass der Kollege Arndt Klocke sagte: Wir haben doch alle Fehler in der Verkehrspolitik gemacht, alle Parteien. Damit hat er versucht, von der eigenen oder der grünen krassen Blockadepolitik abzulenken. Mit dem ersten Punkt hat der Kollege Klocke recht. Gerade in der Infrastrukturpolitik haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten alle Parteien Fehler gemacht. Der Stellenwert dieses Politikfeldes war einfach zu niedrig. Er muss weiter oben angesiedelt werden.

Aber darüber hinaus kam hier in Nordrhein-Westfalen noch Ihre Blockadepolitik hinzu. Ich erinnere mich an das Jahr 2011, als Sie mit Ihrem Koalitionspartner die sogenannte Prioritätenliste erstellt haben. Im Nachhinein sagen Sie, das sei den begrenzten finanziellen Möglichkeiten geschuldet gewesen. In der gleichen Phase, in der Sie mit begrenzten finanziellen Möglichkeiten argumentierten, hat Ihr damaliger Staatssekretär Horst Becker die gesamte Basis der Grünen in Nordrhein-Westfalen angeschrieben, um sie zu beruhigen, und hat gesagt, dieser Planungsstopp bedeute weder die Weiterführung des Projektes noch die Suche nach alternativen Lösungen, sondern die Umlenkung des Verkehrs auf bestehende Straßen. Wenn das nicht die Blockadepolitik beschreibt und beweist, was denn dann?

Dieser Brief ging in jede Stadt in Nordrhein-Westfalen und ist allen Kommunalpolitiker*innen bekannt. Das war also Blockade pur, die die Kollegen der SPD damals leider mitmachen mussten. Jetzt erleben wir bei der A1-Brücke in Leverkusen, dass dort auch gestört wird, dass dort tatsächlich blockiert wird, und zwar mit Körpern und mit Händen. Und wer ruft zu dieser Blockade vor Ort auf? Die Grünen. Selbstverständlich die Grünen!

Sie teilen sich die verschiedenen Rollen, die die Grünen spielen, immer sehr klug auf. Hier treten Sie mit dem Heiligenschein auf, und vor Ort treiben Sie die Blockade voran. Das ist die typische Politik der Grünen. Das lassen wir so nicht durchgehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

– Ausgerechnet Sie legen der FDP alternative Fakten in den Mund. Sie sollten sich lieber dreimal überlegen, wem Sie was in den Mund legen, und dreimal über Ihre politische Strategie nachdenken. Ich nenne den völligen Irrsinn von Frau Düker in der Klimapolitik verbunden mit katastrophalen Folgen für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen. Ich nenne Ihre immer noch fortdauernde Unehrlichkeit in der Verkehrspolitik, die Sie hier sieben Jahre betrieben haben und heute ausblenden wollen. Sie sollten lieber zu Ihrer eigenen Politik stehen. Sie können es ja besser machen, Herr Klocke. Aber wenn man etwas besser machen will, dann muss man zu den Fehlern stehen. Da ist der Kollege Börschel viel weiter als der Kollege Klocke.

Meine Damen und Herren, 2018 ist ein Jahr des Wandels – ich habe es angesprochen –, eine Zäsur in der Geschichte Nordrhein-Westfalens. Trotzdem wollen wir Nordrhein-Westfalen insgesamt als Wirtschaftsstandort zukunftsfähig aufstellen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Gesellschaft in diesem Land zusammenhält.

Neben dem Haushalt hat das mit vielen Weichenstellungen zu tun, die wir in diesem Jahr auf den Weg bringen werden, zum Beispiel die Umsetzung der Leitentscheidung G9, die Umsetzung der Inklusion, die Förderung der dualen Berufsausbildung, weitere Entfesselungspakete, eine deutliche Stärkung der Kommunen, eine bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, eine Bundesratsinitiative für ein Einwanderungsgesetz, eine Novellierung der Landesbauordnung, die Einführung der Individualverfassungsbeschwerde, ein neues Jagdgesetz mit praxistauglichen Bestimmungen, eine Novellierung des Hochschulgesetzes. Wir wollen in diesem Jahr erneut eine Ruhrkonferenz durchführen, und die Zusammenarbeit mit den Beneluxstaaten wird ausgebaut.

Wir haben also gewaltige Aufgaben vor uns. Die NRW-Koalition leitet aktiv und mutig Trendwenden in Nordrhein-Westfalen ein. Wir von CDU und FDP – alle anderen sind ebenfalls dazu eingeladen – werden dieses Land im Jahr 2018 aktiv gestalten. – Herzlichen Dank.